

## Finanzen und Ressourcen

### Positionspapier FDP.Die Liberalen Aargau

---

**April 2021**

#### Unsere Positionen

- › Wir wollen eine Finanzpolitik, die es dem Kanton ermöglicht, seine Aufgaben zur Steigerung der Lebensqualität der Bevölkerung nachhaltig zu erfüllen und qualitative Entwicklungen im Kanton zu unterstützen und zu fördern.
- › Wir wollen eine Steuer- und Abgabepolitik, die einerseits die Entwicklung des Kantons Aargau sicherstellt, andererseits die Bevölkerung und die Wirtschaft weniger belastet und ihnen mehr finanzielle Mittel für selbstbestimmte Ausgaben überlässt.
- › Wir wollen eine Personalpolitik, die Qualitätszielsetzungen und Qualitätsanforderungen unterstützt, denn mit der Qualität des Personals hinsichtlich der unternehmerischen Denk- und Handlungsweise, stehen und fallen die Leistungen des Dienstleistungsunternehmens „Kantonale Verwaltung“.
- › Wir wollen die Standortqualität des Kantons Aargau weiter stärken und das symbiotische Zusammenspiel zwischen Lebensqualität, Lebensraum, Wirtschaft, Arbeitsplätzen und Finanzen fördern.

#### Unsere Hauptanliegen

- › Eine aktive (nicht reaktive) Finanz- und Aufgabenpolitik ist eine der wichtigsten Grundlagen für jeden sachpolitischen Prozess und deshalb ein Anliegen der FDP.
- › Eine möglichst tiefe Staatsquote und eine tiefe Verschuldung ist die Basis für eine liberale und nachhaltige Politik. Deshalb sind sämtliche Staatstätigkeiten ständig auf ihre Notwendigkeit und bezüglich Kosten/Nutzen zu prüfen.
- › Die Finanzpolitik muss sich auf das Machbare und nicht auf das Wünschbare ausrichten. Wir verzichten auf Perfektionismus.
- › Die Belastung durch Steuern und Abgaben ist tief zu halten. Je tiefer diese Belastungen für die Wirtschaft und Bevölkerung, desto besser wird die Ertragslage der Unternehmen sowie das verfügbare Einkommen bei der Bevölkerung. Dies wirkt sich positiv auf das Wirtschaftswachstum, die Arbeitsplatzsicherheit und das Konsum- und Investitionsverhalten aus.
- › Veränderungs- und Entwicklungsprojekte im Kanton und in den Gemeinden sollen nebst der Steigerung der Qualität in der Sache, wenn immer möglich auch Rationalisierungsergebnisse bewirken und die Aufgaben- und Finanzlast von Kanton und Gemeinden nicht vergrössern.
- › Die finanziellen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie (Kredite für Härtefall-massnahmen, Steuerausfälle) verursachen kurz- und mittelfristig hohe Defizite. Zur Vermeidung einer erneuten Schieflage der kantonalen Finanzen ist eine aktive Finanzpolitik gefordert: Eventualplanungen, fortlaufenden Aktualisierungen und Konzentration auf das Machbare.

# Unsere Ziele und Massnahmen

## 1. Finanzen

### Ziele:

- › Beschränkung staatlichen Handelns auf Kernaufgaben. Ein ausgeglichener Staatshaushalt auf möglichst tiefem Niveau ist die Grundvoraussetzung für eine positive Entwicklung unseres Kantons.
- › Investitionen bezüglich Werterhalts und zukunftsgerichteter Entwicklungen sind zu fördern.
- › Aufgrund des gegenwärtig jährlich steigenden finanziellen Aufwandes muss der Aufwandumfang permanent hinterfragt und wo möglich gesenkt werden.
- › Durch Ausgabendisziplin ist die Verschuldungssituation des Kantons tief zu halten.
- › Der für die Entwicklung von Kanton und Gemeinden erforderliche Investitionsfreiraum muss verbessert werden.
- › GAF-Revision:  
Wir lehnen im Grundsatz die in der GAF-Revision angestrebten Eckpunkte ab. Die durch den Kanton geplante Revision der Schuldenbremse darf nicht zu einer Lockerung der Schuldenbremse führen. Insbesondere lehnen wir einen Verzicht auf das Referendum beim Budgetbeschluss ab. Die Schuldenbremse funktioniert ohne Automatismus nicht. Deshalb muss der Zwang im Gesetz bleiben und darf nicht durch schwammige Soll-Bestimmungen abgelöst werden. Der Selbstfinanzierungsgrad muss mittelfristig bei 100 Prozent liegen. Eine degressive Abtragung der Schulden lehnt die FDP ab. Ein Fehlbetrag muss in Raten von mindestens 20 Prozent vom ursprünglichen Betrag abgetragen werden. Die Überführung der Ausgleichsreserve in eine finanzpolitische Reserve lehnt die FDP ab, wenn nur noch der Bilanzüberschuss massgebend ist.
- › Covid-19-Pandemie:  
Die anhaltende Covid-Pandemie erfordert auch finanzpolitisch aussergewöhnliche Massnahmen. Zentral ist, mögliche negative Langzeitfolgen bestmöglichst abzumildern. Das Massnahmenpaket des Regierungsrates zur Unterstützung von Wirtschaft, sowie Sport und Kultur im Kanton Aargau bereitzustellen, wird unterstützt. Den stark betroffenen Unternehmen muss rasch und so unbürokratisch wie möglich geholfen werden. Der Grundsatz muss jedoch bleiben: Öffentliche Gelder dürfen nicht auf Vorrat gesprochen werden.

### Massnahmen:

- › Primär Senkung der Ausgaben; nicht die Erhöhung der Einnahmen als Weg zum ausgeglichenen Staatshaushalt.
- › Bei den Aufgaben müssen Prioritäten gesetzt werden. Es ist anzustreben, dass notwendige neue Aufgaben durch Abbau oder durch Umbau bisheriger Staatstätigkeiten finanziell kompensiert werden.
- › Wir fordern vom Regierungsrat, dass er sich für eine Reduktion der Kostenverschiebungen Bund – Kanton im Zusammenhang mit der Aufgabenteilung einsetzt und unterstützen ihn in seinen Bemühungen.
- › Wir werden die neue Optimierung der Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden und Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen den Gemeinden nach deren Einführung kritisch begleiten. Sollte es notwendig werden Korrekturen oder Anpassung in der Umsetzung oder der Handhabung vor zu nehmen, werden wir diese mit den geeigneten Mitteln fordern. Das System muss so funktionieren, dass für strukturschwache Gemeinden eine Entwicklung möglich ist. Es darf aber nicht sein, den Erhalt der bestehenden Gemeindestruktur in jedem Fall zu sichern. Strukturelle Veränderungen sollen andererseits auch nicht gegen den Willen der Betroffenen durchgesetzt werden.

- › Die Harmonisierung des Rechnungslegungsmodells zwischen Kanton und Gemeinden wird mit einer GAF-Reform angestrebt.
- › Covid-19 Pandemie: Wir unterstützen das Massnahmenpaket des Regierungsrates mit insgesamt 141,2 Millionen Franken.
- › Die vom Regierungsrat zu erstellende finanzielle Langfristprognose muss mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt aufweisen.

## 2. Steuern

### Ziel:

- › Im Wettbewerb der Steuergunst muss der Kanton Aargau bei den Gewinnsteuersätzen juristischer Personen im Mittelfeld vergleichbarer Kantone liegen.

### Massnahmen:

- › Die Anwendung der Steuergesetzgebung muss flexibler gehandhabt werden.
- › Verbesserungen der Steuerbelastung muss dauernd optimiert werden.
- › Das Steuersystem im Kanton Aargau muss vereinfacht werden.
  - › Die Gewinnsteuersätze für Unternehmen sind so zu senken, dass der Aargau bezüglich Steuerattraktivität im vorderen Mittelfeld vergleichbarer Kantone zu liegen kommt.
  - › Die Steuersenkung und die Erhöhung des Krankenkassen-Prämienabzugs sollen kombiniert werden.

## 3. Personal

### Ziel:

- › Die Dienstleistungen der kantonalen Verwaltung stehen und fallen mit der Qualität des Personals. Der Kanton ist ein angesehener Arbeitgeber und pflegt ein markt- und leistungsgerechtes Gehalts- und Sozialleistungssystem.

### Massnahmen:

- › Im Rahmen der Gesamtpolitik und im Zuge der Reformpolitik ist der Personalbestand des Kantons und damit der finanzielle Personalaufwand durch Massnahmen in der Verwaltungsorganisation und durch Effizienzsteigerung zu optimieren.
- › Eine unternehmerische Denk- und Handlungsweise beim Personal der Kantonalen Verwaltung und damit auch das Bewusstsein bezüglich Einsatzes finanzieller Mittel muss gefördert werden.
- › Die Qualität der Mitarbeitenden ist durch geeignete Massnahmen wie Funktions-, Eignungs- und Leistungsüberprüfung sowie zielgerichtete Weiterbildung sicherzustellen. Qualitativ gute Leistungen sollen entsprechend finanziell honoriert werden.
- › Die Gehaltspolitik des Kantons ist zu überprüfen und falls erforderlich markt- und leistungsgerecht anzupassen.
- › Der Grundsatz muss bleiben: der GR beschliesst über die Gesamt-Lohnsumme. Automatische Lohnerhöhungen via Systempflege lehnt die FDP ab.

## 4. Wirtschaftsstandort, Arbeitsplätze, Lebensraum

### Ziel:

- › Die Wirtschafts- und Arbeitsplatz- sowie die Lebensraumsituation im Kanton Aargau ist zu fördern. Finanzielle Massnahmen sind auf die Sicherung der Standortqualität und auf nachhaltige Entwicklungen auszurichten.

### Massnahmen:

- › Wir hinterfragen und prüfen politische Entscheide bezüglich Finanz-, Wirtschafts- und Bevölkerungsverträglichkeit und setzen uns dafür ein, anstehende Aufgaben entsprechend zu gestalten.
- › Die Attraktivität des Standortes Aargau für Industrie, Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen und somit die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in der Privatwirtschaft ist zu fördern. Wir setzen uns deshalb für eine Optimierung der Rahmenbedingungen ein. Dazu gehören gezielte Erleichterungen im Regulierungsbereich. Wir fordern die Einführung einer kantonalen Regulierungsbremse
- › Das kantonale Gebührenreglement muss überarbeitet werden, mit dem Ziel der Vereinfachung und dem Primat «Alle Gebühren dürfen nicht höher sein als die entstandenen Kosten für eine Dienstleistung».
- › Die Wettbewerbsqualität für bestehende und neue Unternehmen ist durch Förderungsmassnahmen des Kantons zu unterstützen. Wir setzen uns für einen gezielten Mitteleinsatz ein.
- › Gewisse Problemlösungen sind nur interkantonal zu bewältigen. Bezüglich Zusammenarbeit mit den Kantonen der Nordwestschweiz, Zürich, Zug und Luzern setzen wir uns für die Bereitstellung von Ressourcen und finanziellen Mitteln ein.
- › Die Liberalisierung im Bereich Staat und Wirtschaft ist weiter zu entwickeln. Diesbezüglich setzen wir alles daran, die Finanzsituation des Kantons weiter zu stabilisieren und nachhaltig zu gestalten.
- › Covid-19-Pandemie: Strategische Vorbereitung für die Zeit nach der Covid-Pandemie: Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sind weitreichend. Es ist Aufgabe der Politik, Strategien und Wege zu entwickeln, die Folgen dieser Krise bestmöglich zu bewältigen. Ziel des Vorstosspakets der FDP-Fraktion ist die Stärkung der KMU, der Bildung, des Gesundheitswesens und der Optimierung der Abläufe in Krisenzeiten. Die FDP knüpft damit an ihre Forderungen an, die sie in zwei offenen Briefen zu den Themenbereichen Wirtschaft und Bildung an den Regierungsrat dargelegt hat. Letztlich geht es um die Sicherung von Arbeitsplätzen für unsere Aargauer Bevölkerung.
- › Wirtschaft stärken – Unternehmen entlasten: Die wirtschaftlichen Konsequenzen von Corona sind auch im Aargau einschneidend. Die Unternehmen als Rückgrat unserer Volkswirtschaft und Gesellschaft, werden von der Pandemie hart getroffen. Damit sich die Wirtschaft erholt und eine langanhaltende Rezession verhindert werden kann, müssen die Unternehmen, insbesondere KMU, finanziell entlastet werden. Um eine Krise dieses Ausmasses zu bewältigen und unser System längerfristig zu stärken, brauchen die Unternehmen zudem gezielte Erleichterungen im Gebühren- und Regulierungsbereich.